# Aufwärts

**Bezugspreis:** Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0,36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.65 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

**Christliches Tageblatt**
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

**Anzeigenpreis:** Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 141. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 19. Juni 1930. | 12. Jahrgang.


**Erfahrung ist eine treffliche Ware:**
**Bleibt frisch und vermehrt sich in jedem Jahre.**
Julius Sturm.

## Die Flut steigt.

Brüning zog aus, um mit dem vollen persönlichen Einsatz des Verantwortungsbewußten eine, wie es schien, kleine Finanzreform durchzuführen und zugleich das parlamentarische System funktionsfähig zu erhalten. Auf letzteres hat er bei den Abstimmungskämpfen im Reichstag und später in verschiedenen Reden besonders deutlich hingewiesen — etwas zu nachdrücklich für alle die, die weniger von einer Rettung des parlamentarischen Betriebes erhofften als von der positiven Tat. Inzwischen sind die Fluten der Not, der finanziellen Schwierigkeiten gestiegen. Die Wasser stehen schon bedenklich hoch. Wo noch vor Wochen der Wille zu entschlossenem Handeln war, macht sich Verzweiflung, Katastrophenstimmung und zerstörerischer Radikalismus breit. Und die bange Frage steht riesengroß vor den kommenden Wochen: Wird auch diesmal die Sorge um die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems so stark sein wie bisher und das Handeln der Regierung entscheidend mitbestimmen? Oder wird sie diesen ganzen überlebten und verhaßten Plunder über Bord werfen, um der Nation das Beispiel kraftvollen Tuns zu geben, das ihr wieder Mut und Vertrauen gibt? Wird sie das zündende Wort finden, auf das Millionen warten und sie aus ihrer Verzweiflung reißt? Wird sie Taten tun, die die Nation anspornen, die Nöte und Entbehrungen der kommenden *Jahre mit dem festen Willen endgültiger Entschlossenheit* und dem Gefühl tiefster Pflichterfüllung zu übernehmen, ohne die sie untragbar sind?

Zwei positive Verdienste besitzt die Regierung Brüning: Sie hat einmal den Mut gehabt, den Schleier von Dingen wegzureißen, die bisher so sorgsam behütet wurden. Und da zeigt sich, daß wir seit 1924 in einer Welt des Scheines, der Illusionengelebt haben, die jetzt einer sehr grauen, nüchternen Alltagswirklichkeit Platz macht. Mit Hilfe von Auslandskrediten haben wir die Jahre hindurch unsere Schulden bezahlt, mit Hilfe einer Welthochkonjunktur eine Wirtschaftsblüte vorgetäuscht, in der wir bald vergaßen, daß wir ein besiegtes Volk sind. Und eine geschickte Presse verstand es meisterhaft, diese Illusionen Tag für Tag zu nähren, weil sie so bequem waren und erlaubten, mit vollen Händen zu geben, wo härteste Sparsamkeit am Platze gewesen wäre. So entstand die glänzende Fassade unserer Verwaltungspaläste und Sport-Stadien und dahinter lauerte, nur mühsam verdeckt, der Abgrund. Ein Jahr ohne Auslandskredite und einige Monate Weltwirtschaftskrise haben das trügerische Bild zerrissen. Hermann Müller und sein Finanzminister Hilferding glaubten noch mit der Philosophie des „Als ob" weiter regieren zu können. Sie bewilligten Ausgaben über Ausgaben, als ob ihre Deckung von selber käme; sie sahen dem Zerfall der Reichsfinanzen zu, als ob die Wendung zum Besseren von selbst einträte; sie fuhren nach dem Haag, als ob das alles doch nicht so schlimm sei, ob wir nun 1½ oder 2 Milliarden bezahlen müssen. . . . Mit diesem „Als ob", das uns mit rasender Schnelle dem Abgrund zugeführt hat, haben Brüning und Moldenhauer und Stegerwald gebrochen. Ihre Reden und Maßnahmen lassen keinen Zweifel darüber zu, daß, so hart es sein mag, der jetzige Lebensstandard des Volkes nicht aufrecht erhalten werden kann. Die ersten Lohnherabsetzungen haben soeben stattgefunden. Der Mechanismus zur Reduktion der Löhne und Gehälter muß sich erst einspielen, dann wird er auf der gesamten Front zur Anwendung kommen. Gewiß, auch die Preise werden sinken. Ob in demselben Maße wie die Löhne, bleibt abzuwarten und muß nach allen Erfahrungen als sehr zweifelhaft angesehen werden. Trotzdem zeigt sich schon heute, daß die Gewerkschaften einen ernsthaften Widerstand nicht wagen. Die Gewalt der Dinge ist stärker als sie. Sie müssen diese bittere Lehre auskosten, da sie früher von ihrer unsinnigen Theorie der Konsumkraft-Steigerung nicht loskommen konnten. Es wird viel Rebellion in ihren Reihen geben und viel Einbuße an moralischem Ansehen. Sie haben sich eben zu lange einer Entwicklung entgegengestemmt, die, früher eingeleitet, uns vor mancher Krisenverschärfung bewahrt hätte. Nicht ungestraft verschließt man die Augen vor der Tatsache, daß der Topf, aus dem alle satt werden sollen, nur einen beschränkten Inhalt hat; und daß die einen leer ausgehen, wenn die anderen zuviel bekommen. Die Wirkung nennt man: Arbeitslosigkeit. Es bedurfte erst dieser harten Lehre einer Massenerwerbslosigkeit, um sich langsam zur Anerkennung der einfachsten Gesetze des Wirtschaftslebens durchzuringen, daß man nur des Heeres der Erwerbslosen Herr wird, wenn man ihnen Arbeit an Stelle von Unterstützung gibt. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn der Wirtschaft mehr Freiheit gegeben wird als bisher; und daher hat heute geradezu eine Flucht aus dem staatssozialistischem System der Nachkriegszeit eingesetzt, der sich selbst die Sozialisten nicht mehr entziehen können.

Das ist das Eine: man ringt sich langsam zur Anerkennung der Gesetze durch, die uns der verlorene Krieg, die Reparationen und die Erfordernisse einer nüchternen Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik auferlegen und deren oberstes heißt: Sparsamkeit.

Die Regierung hat — und dies ist ihr zweites Verdienst — den bei uns so seltenen Mut zur Unpopularität besessen, indem sie die harten Tatsachen in das volle Tageslicht stellte und ihr Handeln von ihnen bestimmen ließ. Sie hat Steuererhöhungen erzwungen, die keineswegs populär waren. Und sie hat, da alle Finanzpläne von heute auf morgen über den Haufen geworfen wurden, neue Sparmaßnahmen und Steuerentwürfe ausgearbeitet, die z. T. einen Sturm der Entrüstung erregt haben. Und schon hat das verdächtige Verhandeln hinter verschlossenen Türen begonnen, sind die neulich so erschreckten politischen Zirkel wieder an der Arbeit, um Einfluß zu nehmen, Petitionen abzugeben, Druck und Gegendruck auszuüben — kurz, das ganze Getriebe des Parlamentarismus ist plötzlich wieder in Aktion und wittert neue Morgenluft.

Die Feuerprobe der Regierung Brüning beginnt. Wir sind weit davon entfernt, alle ihre Taten gutzuheißen. Vieles trägt den Charakter des Uebereilten, des Unorganischen, und viele der neuen Steuerpläne, vor allem das so umkämpfte Notopfer, sind in der Tat abwegig. Aber das liegt zuletzt daran, daß die Regierung sich auch heute noch nicht zu Maßnahmen entschließen kann, die an die Wurzel des Uebels greifen. Es kommt ja nicht allein darauf an, den Staatssäckel zu füllen, um den Verpflichtungen des Staates nachzukommen. Dazu gehören letzten Endes nur Steuern und einige Nerven, die Proteste der Interessenten abzuwehren. Von einem Finanzminister muß mehr verlangt werden. Die Steuern müssen auch so beschaffen sein, daß sie gerecht sind und nicht wirtschaftshemmend. Von beiden Erfordernissen ist das heutige Steuersystem weit entfernt. Alle Sanierungen Moldenhauers sind aber an der längst fälligen Steuerreform vorbeigegangen. Und glaubt man denn wirklich, die letzte Sanierung vorzunehmen, die wieder nur neue Lasten und damit neue Wirtschaftsdepression bringt? Das Spiel beginnt dann wieder von vorne, und man kann schon den nächsten Zeitpunkt ausmachen, wo die ...te Sanierung fällig wird. Nur die entschiedene Reform (Und worin besteht die? Die Schriftleitung) kann da noch helfen. Zu diesem Entschluß hat sich die Regierung aber noch nicht durchringen können. Sie bleibt mit allem zu sehr im Geleise des Gewohnten, des Ueblichen, und schon sind alle die Kreise und Zirkel wieder auf der Bildfläche erschienen, die auf dem glatten Parkett des Parlamentarismus groß geworden, meinen, daß auch diese Regierung doch nicht ganz so schlimm sei, nicht ganz so ernst genommen werden müsse, wie es zu Beginn aussah.

Die Regierung steht im Begriff, das wertvollste Gut über Nacht zu verlieren, das eine Regierung seit Jahren besaß: das Vertrauen. Nur eine elementare Anstrengung, die mit großer Geste an das gesamte Volk appelliert und zur Reform aufruft, kann davor bewahren, daß wertvollste Kräfte zu früh verbraucht werden, und daß ihr Einsatz zu hoch für ein Spiel war, das Wende sein sollte und doch nur Etappe wurde.

Dr. Venter.

## Rationalisierung.

Es gibt kaum ein Schlagwort, mit welchem so viel Unfug getrieben wird, wie mit dem der Rationalisierung. Was umfaßt denn der Begriff eigentlich? Er umfaßt in seiner reinen unverfälschten Auslegung: die Einführung verbesserter, neuzeitlicher Arbeitsmethoden, mit dem Ziel, die schwere Handarbeit durch Maschinenarbeit zu ersetzen und durch genauere Zusammenarbeit aller Arbeitsgänge einen schnelleren Umlauf innerhalb der Erzeugung durch Ersparnis an Zeit zu erreichen. Die Erzeugung soll vermehrt, das Erzeugnis soll verbessert und verbilligt werden. Es soll ein Kreislauf entstehen, derart, daß die verbesssserten und verbilligten Erzeugnisse einem sich ständig vergrößerndem Abnehmerkreis zugeführt werden, dessen Wachstum um so größer sein wird, je mehr Menschen den geforderten Preis für das Erzeugnis aufbringen können. Der gesteigerte Absatz erlaubt die Einführung von erneut verbesserten Arbeitsmethoden, eine erneute Vermehrung der Erzeugung, eine fortschreitende Verbesserung und Verbilligung des Erzeugnisses und gewinnt somit einen, eben durch die Preissenkung nochmals erweiterten Abnehmerkreis. Oder mit anderen Worten: die durch Ersparnis von Zeit und Kraft erzielten Gewinne sollen nicht nur dem Unternehmer, der Unternehmung zufließen, sondern zu einem Teil dem Betriebe zum Ausbau neuer Arbeitsmethoden, zur Vermehrung der Erzeugung, und zu anderem Teil dem Verbraucher in Form von verbilligten Erzeugnissen zugeführt werden. Die Rationalisierung ist also nicht einseitig egoistisch-materialistisch, sie bricht mit dem Grundsatz des größmöglichen Reingewinnes, sondern sie fußt auf einem Leistungsprinzip, welches den Erzeuger, die Erzeugung und den Verbraucher in ein gewisses Verhältnis zu einander setzt. Das Ziel ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Erzeugers zu heben — Vermehrung der Erzeugung — und sich der Kaufkraft möglichst breiter Schichten immer mehr anzunähern — Vermehrung des Absatzes —. Die Ersparnis an Zeit durch stärkste Ausnutzung der Leistungsfähigkeit steht im freien Ermessen des Einzelnen, die Zeit ist frei, ihre Ausnutzung benachteiligt niemand. Die Ersparnis an Menschenkraft und Handarbeit kann zu einer Einschränkung der beschäftigten Arbeiterzahl führen. Diese Einschränkung braucht aber nur vorübergehend zu sein, denn auf der einen Seite werden die aus der ständigen, fortlaufenden Verbesserung der Arbeitsmethoden nutzenziehenden Unternehmen vermehrten Bedarf an Arbeitskräften haben, auf der anderen Seite bedingt eine stets wachsende Erzeugung eine entsprechend stärkere Bindung von Arbeitskräften.

Was hat man nun aus diesem Begriff gemacht? In der Mehrzahl der Fälle das Leistungsprinzip eliminiert *und statt dessen das „Ich" in den Vordergrund geschoben*. Nicht mehr das Verhältnis zwischen Erzeugernutzen und Verbrauchernutzen blieb ausschlaggebend, sondern die Einsparung von Betriebskosten zwecks Erzielung größerer Gewinne, oder aber — was das Schlimmere ist — die Rationalisierung wurde dazu mißbraucht, die Betriebe knapp lebensfähig zu gestalten. Die Rationalisierung blieb in einer Herabminderung der Unkosten, in der Verringerung des Bedarfes an menschlichen Arbeitskräften stecken und erschöpfte sich darin, die Betriebe „konkurrenzfähig" zu machen, als wenn das etwas mit dem Leistungsprinzip zu tun hätte. Sobald diese Ziele, die ja nur Teilziele im Sinne wirklicher Rationalisierung waren, erreicht schienen, verharrte man auf den erreichten Erzeugungsmethoden und ließ die im ursprünglichen Begriff liegende Zwangsläufigkeit der Fortentwicklung fallen. Es ist fast zu einer stehenden Redensart der Geschäftsberichte geworden: „Die Rationalisierungsarbeiten sind zum Abschluß gebracht worden." Dabei ist der „Abschluß" von Rationalisierungsmaßnahmen ein Unding, eine Unmöglichkeit, weil die Maßnahmen zwangsläufig weiter wirken müssen und einfach nicht abgeschlossen werden können.

Ist aber tatsächlich ein Abschluß erfolgt, so ist eben nicht rationalisiert, sondern nur eine neue, vielleicht verbesserte Arbeitsmethode eingeführt worden. Es hat sich nur die Betriebsform, nicht aber die Wirtschaftsform verändert. Darin liegt der grundlegende Unterschied zwischen diesen beiden Auffassungen!

Die Rationalisierung verlangt aber nicht eine nur veränderte Betriebsform, sondern tatsächlich eine neue Wirtschaftsform, denn sie schaltet den Individualismus der liberalen Wirtschaftsform zugunsten eines Leistungsprinzips aus, indem sie Erzeuger und Verbraucher zum Träger macht und ohne dieses Verhältnis nicht zu wirken vermag. Weder in der Erzielung größerer Gewinne, weder in der Senkung übersteigerter Unkosten noch in der Ersparnis von Arbeitskräften oder der stärkeren Ausnutzung menschlicher Arbeitskräfte liegt das Wesen der Rationalisierung begriffen, sondern einzig und allein in ihren volkswirtschaftlichen Auswirkungen. Nur diese bestimmen Wert und Unwert. Fehlen derartige Auswirkungen, die sich natürlich zuerst innerhalb des Betriebes zeigen müssen, um von dort auszustrahlen fehlt im Besonderen das Merkmal des Leistungsprinzips als dritter Faktor, welcher die Rationalisierung als Wirtschaftsform über die heutige liberale Wirtschaftsform hinaus hebt, so ist nichts wirklich Neues geschaffen worden. Vielleicht ist die Liberale Wirtschaftsform durch die Möglichkeit diktatorischer Ausnutzung der Verbraucher verbessert worden, wahrscheinlich ist sie aber verschlechtert worden! Man muß sich die Geschäftsberichte ansehen, um zu erkennen, daß die Notwendigkeit der Rationalisierung stets und ausschließlich mit den Vorteilen für das „Werk", niemals aber mit den Vorteilen für den Verbraucher begründet wird. Nur in Reklamen, also den Aeußerungen, die nur das enthalten, was der Verbraucher glauben soll, finden

sich gegenteilige Mitteilungen. Man muß sich vergegenwärtigen, welchen Aufschwung gerade der Rationalisierungsgedanke den Konzernbildungen gegeben hat, mit welchen Rückschlägen und Schwierigkeiten aber eben diese „Rationalisierungs-Konzerne" schon heute nach wenigen Jahren zu kämpfen haben, und man wird erkennen müssen, daß die Verwässerung der Idee, das bewußt oder unbewußt verkannte Leistungsprinzip die Ursachen dazu sind. — Nebenbei: die „echte" Rationalisierung wird in ihren Auswirkungen ebenfalls zu Großbetrieben führen, aber nicht so sehr durch Zusammenschlüsse, als durch Wachstum des Verbrauchs. —

Was sind nun die Folgen dieser falschen Rationalisierung? Der wirtschaftliche Egoismus hat durch die Aenderung der Betriebsformen die subjektiven Vorteile größerer „Wirtschaftlichkeit" infolge Aussparung von Arbeitskräften erreicht, und die Nachteile in Form verstärkter Arbeitslosigkeit der Allgemeinheit, dem Staat, aufgebürdet! Welch ein hahnebüchener Unsinn! Die Rationalisierung will die Gesamtwirtschaft durch indirekte Stärkung der Verbraucher — Preissenkungen — befruchten, dagegen bewirkt die bei uns beliebte Form eine steigende Arbeitslosigkeit, die eine Schwächung der Verbraucher darstellt und welche durch die Belastung aus der Arbeitslosenfürsorge jeden Erfolg der neuzeitlichen Betriebsformen zunichte macht. Die Rationalisierung wirkt sich also wirtschaftlich verschlechternd, nicht aber bessernd aus! Der Arbeitnehmer wehrt sich daher mit Recht gegen diese Form der Rationalisierung, weil er instinktiv fühlt, daß ihm Arbeitsmöglichkeit genommen, aber keine Gegenleistung gegeben wird.

Ein geradezu typisches Beispiel für die Verirrungen der heutigen Denkungsart in Wirtschaftsdingen sind die Vorgänge bei der Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb, Eisleben. Die Erzeugungsunkosten des Kupfers übersteigen bei dieser Gesellschaft den Erlös augenblicklich um etwa RMk. 400,— pro Tonne, was auf die Gesamterzeugung einen Betrag von rund 8,8 Millionen Reichsmark Verlust ausmacht. Es ist einleuchtend, daß angesichts dieser Lage etwas geschehen muß. Soweit ich aus übereinstimmenden Zeitungsmeldungen ersehen konnte: „hat die Verwaltung ein Notprogramm aufgestellt, dessen Hauptbestandteil die 15-prozentige Lohnermäßigung ist, die eine Ersparnis von 4,6 Millionen ergeben soll. Im übrigen soll noch durch Beamtenabbau, Gehaltsherabsetzungen, Frachtermäßigungen und Steuererleichterungen ein Betrag von etwa 2,2 Millionen Mark eingespart werden . . . den Restverlust von 2 Millionen Mark glaubt die Verwaltung auf sich nehmen zu dürfen."

Ist in diesem „Notprogramm" auch nur ein einziger wirtschaftlicher Gedanke enthalten? In der Erklärung der Verwaltung sucht man vergeblich nach einer Andeutung, daß versucht werden soll, die Gestehungskosten auch außerhalb der Lohnseite zu senken, man sucht aber ebenso vergeblich nach einem Hinweis, daß der Verlust ausschließlich aus den Löhnen entstanden ist.

Das Programm enthält keinen anderen Gedanken, als, analog den Vorgängen innerhalb des Versorgungsstaates, nun auch die Sorgen der Privatwirtschaft auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Denn Lohn- und Gehaltsermäßigungen bedeuten nichts anderes als eine Schwächung des Einzelnen, Steuer- und Frachtermäßigungen eine Schwächung des Staates, welche wiederum in Form geminderter Kaufkraft und geminderter staatlicher Leistungsfähigkeit die Gesamtwirtschaft beeinflußt. Es ist doch wirtschaftlich unfaßbar, wegen 22 000 Tonnen Kupfer den Lebensstandard von rund 23 000 Menschen und ihrer Familien um 15 Prozent oder fast ein Sechstel herabzusetzen — selbst dann, wenn die Löhne wirklich hoch sind — und im übrigen den lieben Gott einen guten Mann sein zu lassen. Ebenso typisch ist es aber auch, daß die Vertreter der Arbeitnehmerschaft kein anderes Mittel kennen als den Streik, um dieses Notprogramm abzulehnen. Die Ablehnung ist selbstverständlich und notwendig, nur ändert der Streik weder den Vorschlag der Gesellschaft noch schafft er den Verlust aus der Welt, denn in diesem Falle handelt es sich doch anscheinend nicht mehr um Erkämpfung besserer Lebensbedingungen oder die Behauptung der bisherigen Lebensbedingungen, sondern um die nackte Erhaltung der gemeinsamen Ernährungsgrundlage überhaupt.

Da keine Betriebsmethode so gut ist, daß sie als etwas endgültig abgeschlossenes gelten kann, sich also nicht mehr verbessern ließe, so ist hier in erster Linie der Hebel anzusetzen. Sind für solche Arbeiten, die natürlich Geld kosten, keine Mittel aus eigenen Kräften der Gesellschaft verfügbar oder beschaffbar, so bleibt — von unserem Standpunkt aus — immer noch der Weg offen, die Belegschaft heranzuziehen. Das kann aber nicht dadurch geschehen, daß man ihr Opfer ohne Gegenleistung zumutet, sondern nur dadurch, daß die Belegschaft der Verwaltung vorschlägt, an der Erhaltung des gemeinsamen Ernährungsbodens mitzuarbeiten.:

Die Belegschaft bewilligt keinen Lohnabbau, erklärt sich aber bereit, für eine beschränkte, genau festzusetzende Zeit auf Auszahlung von 15 Prozent ihres Lohnes zu verzichten, unter der Voraussetzung und Bedingung, daß die dadurch eingesparten Summen ausschließlich zur Ausarbeitung rationeller, besserer Arbeitsmethoden und zur Anschaffung der dazu notwendigen Anlagen verwandt werden. Die Lohnersparnis darf nicht zur Verbilligung des Erzeugnisse, also zur Deckung des Verlustes, benutzt werden, aber die Arbeitnehmerschaft stellt der Gesellschaft die — jetzt fehlenden — Mittel zur Verfügung, die Gestehungskosten fortlaufend zu verringern und die Verlustquelle auszuschalten. Das Opfer der Belegschaft dient ausschließlich der Sicherung der Ernährungsgrundlage für die Zukunft! Die Arbeitnehmerschaft nimmt freiwillig einen Teil der Lasten auf sich, falls die Gesellschaft das Gleiche tut! Das Opfer der Belegschaft kommt anderen Industrien in Form von Aufträgen zugute, während der Vorschlag der Verwaltung ein ständiges Opfern in ein Faß ohne Boden bedeutet. Die Notlage und der Selbsterhaltungstrieb der Gesellschaft garantieren der Arbeitnehmerschaft die schnelle Durchführung der Betriebsverbesserungen; Leistung und Gegenleistung, die in ihren Einzelheiten natürlich genau festgelegt werden müssen, sind in ein entsprechendes Verhältnis gebracht. Während der Dauer des Abkommens verzichtet die Gesellschaft selbstverständlich auf jede Dividenden und Tantieme-Auszahlungen, nach Ablauf des Abkommens tritt das alte Lohniveau automatisch wieder in Kraft. —

Mit einem derartigen Vorschlag ,der hier ja nur kurz angedeutet werden konnte, hat es die Arbeitnehmerschaft in der Hand, die Erzeugungsmethoden grundlegend zu beeinflussen, und die wirkliche Rationalisierung, ihre zwangsläufige Fortführung und die Einführung des Leistungsprinzips durch eigene Mitarbeit zu erzwingen!

Zum Schluß aber soll der Hinweis nicht fehlen: der Nationalist muß lernen wirtschaftlich zu denken, denn der zukünftige nationalistische Staat verlangt nationalistische Wirtschaft! H.

---

# Notopfer aussichtslos.

**Aufhebung der Freigrenze und Einbeziehung der Beamten in die Arbeitslosenversicherung?**

Der erste Tag des neuen Arbeitsabschnittes des Reichstags hat der Reichsregierung die Ablehnung des Notopfers und der Ledigensteuer durch die demokratische Fraktion und eine volksparteiliche Entschließung gebracht, in der neue Steuerbelastungen abgelehnt werden, „solange nicht, sei es durch freie Vereinbarung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sei es durch Gesetz, die Senkung der Löhne und Preise allgemein gesichert werde".

Diesem wenig verheißungsvollen Auftakt folgten am Dienstag die Absagen weiterer Fraktionen. Und damit ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Nothilfe der Beamten, der Behördenangestellten, der Rentenempfänger und der höher bezahlten Privatangestellten so, wie sie in den Kabinettsbeschlüssen gestaltet wurde, keine Aussicht auf Verabschiedung durch Reichstag und Reichsrat mehr hat.

Mit einer einfachen Ablehnung der Deckungsvorlagen ist es allerdings in der jetzigen kritischen Stunde nicht mehr getan. Wer sich weigert, den vorgeschlagenen Weg zu gehen, muß bereit sein, mit dem Kabinett Brüning oder mit einer anderen Regierung andere gleichfalls einschneidende Maßnahmen durchzuführen. Klarheit darüber, durch welche Maßnahmen das Notopfer ersetzt werden kann, besteht in parlamentarischen Kreisen im Augenblick noch nicht. Aber man sucht anscheinend nach einem Ausweg.

So hört man von Absichten, die auf eine Milderung des Notopfers abzielen, derart, daß das Notopfer statt vier Prozent vom Bruttoeinkommen nur zwei Prozent vom Nettoeinkommen beträgt. Der Ausgleich für den damit verbundenen Einnahmeausfall soll bei der Besteuerung des Biers und des Tabaks gesucht werden. Ferner scheint die Frage geprüft worden zu sein, ob man die Zustimmung der Länder zu dem Notopfer etwa dadurch erreichen kann, daß man von einem bestimmten Zeitpunkt ab — etwa den 1. April 1931 — die Länder am Aufkommen aus dem Notopfer beteiligt. Das wäre dann natürlich kein Notopfer mehr, sondern schon eine ausgewachsene Dauer-Sondersteuer.

Viel beachtet wird die Tatsache, daß sich die Schwierigkeiten, die die Vorlagen im Reichsrat erwarten, schon jetzt genau abzeichnen. Die preußische Regierung hat sich bereits gestern, wenn auch noch nicht abschließend, mit den Deckungsplänen des Reichskabinetts befaßt. Sie wird erhebliche Aenderungsanträge einbringen. Nach unseren Informationen beantragt die preußische Regierung die Reichshilfe nicht auf der Grundlage der Einkommensteuer, sondern auf der der Arbeitslosenversicherung aufzubauen. Die Beamten von Reich, Ländern und Kommunen sollen als Notopfer eine Abgabe entrichten, die der Hälfte der erhöhten Arbeitslosenbeiträge gleichkommt, also 2¼ Prozent vom Bruttoeinkommen beträgt. Diese Maßnahme soll befristet werden, und nur während der schweren Krisenzeit gelten. Sie bedeutet, daß auch die Beamten ebenso wie jeder Angestellte Versicherungsbeiträge leisten müssen, aber mit dem Unterschied, daß die Beamten nicht in den Leistungsgenuß der Versicherung gelangen, da sie ja durch das Beamtenrecht vor Arbeitslosigkeit gesichert sind. Darüber hinaus sollen auch alle Privatangestellten über 8400 Mark Jahreseinkommen versicherungspflichtig werden. Ferner wünscht die preußische Regierung eine Staffelung der Ledigensteuer unter Berücksichtigung besonderer Härteklauseln. Der finanzielle Ertrag der gestaffelten Ledigensteuer soll das Doppelte betragen als der von der schematischen Ledigensteuer in Höhe von 10 Prozent der Einkommensteuer zu erwartende Ertrag.

Diese Vorschläge, die im Reichsrat vertreten werden sollen, hat man bisher im Reichstag noch nicht diskutiert, weil sie noch nicht allgemein bekannt waren. Man meint, daß es wohl einer von vielen Wegen sein wird, die zur Lösung der Krisis vorgeschlagen werden, und daß man sich noch auf eine ganze Reihe ernsthafter Abänderungvorschläge zu den Plänen der Reichsregierung gefaßt machen muß. Zunächst bleibt alles nur zur Diskussion gestellt.

Vor Donnerstag wird der Reichstag übrigens die Deckungsvorlagen der Regierung nicht erörtern können. Bis dahin hat der Aeltestenrat das Beratungspensum festgelegt. Alle Etats, auf die die Deckungsvorlagen nicht besonders einwirken, werden durchberaten; auch das Osthilfegesetz.

Die Entschließung der Volkspartei, die die Reichsregierung mit ihrem Programm noch weiter isoliert hat, wird zunächst wohl keine praktischen Folgen haben. Dr. Moldenhauer hatte von dieser Erklärung Kenntnis genommen. Er sieht darin keinen Anlaß zum Rücktritt, angeblich weil Reichskanzler Brüning auch eine Teil-

---

## Kann man in Kanada siedeln?

Die nachfolgenden anschaulichen Berichte über den Erwerb einer eigenen Scholle in Kanada werden uns durch die Auswanderermission in Hamburg zur Verfügung gestellt. Sie stammen von einem jungen Dipl.-Landwirt und landwirtschaftl. Referendar, der im Jahre 1927 nach Kanada ausgewandert ist. Durch die Vermittlung der luther. Einwandererbehörde hat er zunächst eine Stelle gefunden, an verschiedenen Plätzen gearbeitet, um dann mit einem Freund zusammen auf dem Weg über eine Heimstätte im nördlichsten Gebiet der westlichen Prärieprovinz Alberta, im sogenannten Peace River-Distrikt, die eigene Scholle zu erwerben. Zu diesem Schritte wurde er dadurch um so leichter in die Lage versetzt, daß ihm außer seinen Reisekosten aus der Heimat nach drüben noch ein Kapital von etwa 2500 RM. zur Verfügung gestellt werden konnte, sonst wäre der Anfang sicher noch sehr viel schwieriger gewesen als er ohnehin schon war. In seinem ausführlichen Winterbericht vom 26. 12. 27 heißt es:

Der Plan war gefaßt, uns selbständig zu machen, wenigstens eine Heimstätte zu suchen. Es war vor der Ernte, also eine arbeitsruhige Zeit, in welcher man an dem noch im Halm stehenden Getreide die Güte einer Gegend feststellen kann. Pastor Wahl riet uns zum Peace River Distrikt, wo noch gute Heimstätten liegen sollten. Am 1. August ging's an die notwendigen Reisevorbereitungen. Kleß, der ehemalige Bankbeamte, mußte als Dolmetscher mit; er wollte ja auch eine Heimstätte aufnehmen. Fahrkarten, Landkarten, Proviant mußten besorgt werden. Donnertags ging's endlich los, zuerst bis Flatbusch. Dort — bis 80 Meilen Nord von Edmonton — liegen noch Heimstätten, aber auch wir vermochten uns nur von der Tatsache überzeugen, daß sie mit vielen und dicken Bäumen bestanden waren. Das ist ein zu mühseliger Anfang, weil das Roden zuviel Zeit und Arbeit beansprucht. Sie haben nur den Vorteil, daß sie nur 5 bis 6 Meilen von der Bahn und nahe an Edmonton, dem Markte, liegen. Wir sind 14 Meilen von der Station, haben dafür aber mehr offenes Land und zudem keinen einzigen Stein. Abends 10 Uhr stiegen wir an der Haltestelle F. aus, kochten ab und nächtigten im Wartesaal. Von da an führten wir 3 Wochen ein wahres Vagabundenleben. Hier gesellte sich noch ein vierter Deutscher hinzu, der die gleichen Wünsche hatte wie wir. Täglich unternahmen wir Streifzüge nach den verschiedensten Richtungen, aber immer wieder das gleiche Bild. Lauter Wald und Moor und einige kümmerliche Farmen zwischen drin. Ein kanadischer Urwald ist nicht zu verwechseln mit einem solchen in südlicheren Breiten. Er ist tot; keine Vögel, keine anderen Tiere außer einigen Bären, Präriewölfen, Elchen und Hirschen, die man naturgemäß selten zu Gesicht bekommt. Spuren sah man in Menge. Wir tranken oft aus Quellen und Bächen, wo nachts Wölfe und Bären ihren Durst löschten. Die Nächte brachten wir oft in allen möglichen und unmöglichen Lagen zu: Im Freien, in Gras oder Heu, am Feuer, einmal in einer Schule, in welche wir durchs Fenster mußten, weil die Tür verschlossen war. Es waren gerade Sommerferien, so daß weder der Unterricht noch der Lehrer gestört wurden, hatten dort auch mal wieder Gelegenheit, auf menschlichem Herde kochen und von Porzellangeschirr essen zu können. Der nächste Zug machte auch diesem Schlemmerleben ein Ende und entführte uns weiter in Richtung Wanham. Aber zuvor hatten wir durch die Schuld des Schaffners das Pech, an einer Umsteigestation sitzen zu bleiben, also wieder 3 Tage Aufenthalt; denn die Bahn verkehrt nur alle 3 Tage. Wir waren in einer Franzosensiedlung Dirouxville gelandet und nutzten wieder die Zeit mit eifrigem „Landsuchen". Vergebliche Mühe! Unser vierter Reisegefährte kehrte wieder um. Wir gedachten einen Frachtzug zur Weiterfahrt zu benutzen, der zwischen 4 Uhr nachmittags und morgens 7 Uhr kommen sollte. Im Halbschlummer auf dem Boden des Warteraumes liegend, hörten wir ihn um 4½ Uhr vormittags endlich herankeuchen und sahen ihn — vorbeifahren. Am nächsten Morgen ging's endlich weiter mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Spirit River zur Land-Office, um 12 Uhr nachts in Wanham einzulaufen. Ein Heuboden nahm willig unsere müden Glieder auf. Am nächsten Tag ging's früh los südwärts zum Bad Heart, in unser Gebiet. Acht Tage waren notwendig, um es zu durchstreifen, bis wir endlich am 19. August, ein historischer Tag, unsere Farmen fanden. Zurück zur Station Wanham, zur Land Office in Grande Prairie. Hier luden wir unsere 10 Dollar ab und dampften abends noch zurück nach Edmonton; die Ernte sollte beginnen. Ich ging wieder zu Sam Adam, der mir 1½ Dollar geben wollte, hernach aber 2 zahlte. Fischer fand bei dem Franzosen Göbel Arbeit für 3 Dollar, Kleß blieb in Wanham und arbeitete für 3½ Dollar. So rückte ich eines Sonntags abends aus, ging ebenfalls zu Göbel, und wir quittierten von nun an täglich 4 Dollar. So geht es in Kanada zu. Freiheit und Freizügigkeit in höchstem Maße.

War die Bezahlung recht anständig, so gab's dafür auch entsprechende Arbeit. Zusammen mit einem französischen Arbeiter aus Montreal stellten wir 14 Tage Getreide auf, 400 Morgen. Er hatte 3 Farmen 3 mal 250 gleich 750 Morgen! — also schon mehr ein Großfarmer. Die beiden Neffen dieses Mr. Göbel mähten den ganzen Tag mit zwei Bindern. Dann wurde fast sechs Wochen gedroschen, nicht nur bei ihm, sondern bei allen möglichen Nachbarfarmern. Das ist keine leichte Arbeit, bei der selbst ältere Farmer abends und morgens ihre Arme spüren. 13 bis 14 Stunden ist auch eine lange Zeit; nur 1 Stunde Mittagspause liegt dazwischen. Der Himmel hatte ein Einsehen und erleichterte uns durch einen allwöchentlichen Regentag das Einarbeiten wesentlich. Der alte Franzose, dessen Vorfahren schon 200 Jahre in Amerika lebten, war ein ganz würdig aussehender, stattlicher Mann. Er machte auch nie eine abfällige Bemerkung über die Deutschen, wie das viele seiner Landsleute, aber auch Engländer ab und zu tun, wenn sie auf den Krieg zu sprechen kommen. So gefiel es uns bei ihm trotz der Schwere der Arbeit recht gut, besser als bei diesen „Deutschen", die die Neuankömmlinge „liebevoll" aufnehmen,

krisis der Regierung vermeiden will. Man hofft, daß bis zur Reichstagsberatung vielleicht doch noch Verhandlungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu einer Vereinbarung führen und damit eine günstige Einwirkung auf die Regierungspolitik haben würden. Ob diese Hoffnungen berechtigt sind, kann man schwer sagen, denn die Verhandlungen selbst werden zur Zeit nur lose geführt.

## Neue Sitzung des Kabinetts.

**Preußen und Sachsen gegen das Notopfer. — Reichsrats-Vollsitzung erst Sonnabend.**

— Berlin, 18. Juni.

**Das Reichskabinett hielt unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning einen neuen Kabinettsrat ab, der wiederum der Erörterung der schwierigen Finanzfrage gewidmet war. Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich, der infolge seiner Erkrankung sich an den Arbeiten in den letzten Wochen nicht beteiligen konnte, wohnte erstmals den Kabinettsberatungen über den Ausgleich des Haushalts wieder bei.**

Die Verabschiedung der Deckungsvorlagen bzw. die Entscheidung über ihre Annahme oder Ablehnung hat eine weitere Verzögerung erfahren. Die Vollsitzung des Reichsrats ist nunmehr bis Sonnabend vertagt worden, doch bleibt es dabei, daß die Ausschüsse des Reichsrats ihre Arbeiten am heutigen Mittwoch aufnehmen werden.

**In parlamentarischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Ausschüsse des Reichsrats dem Plenum die Ablehnung des Notopfers empfehlen werden. Gegen das Notopfer in seiner jetzigen Form haben sich von den Regierungen bereits die preußische und die sächsische Staatsregierung ausgesprochen. Statt des Notopfers in Höhe von 4 Prozent des Einkommens will Preußen im Reichsrat die Einbeziehung der Beamten und der höher bezahlten Privatangestellten in die Arbeitslosenversicherung vorschlagen. Ein Notopfer wäre das insofern aber auch, als die Zahlung eines Beitrags nicht zum Genuß der Arbeitslosenunterstützung berechtigen würde.**

Von der sächsischen Regierung liegt ein Beschluß vor, nachdem Sachsen im Reichsrat die Reichshilfe der Festbesoldeten ablehnen will. „Außer verfassungsmäßigen Bedenken", so heißt es in der amtlichen Mitteilung darüber, „war hierbei bestimmend, daß die Reichshilfe der Festbesoldeten ein Teil eines auf Senkung der Preise, der Produktionskosten und der Löhne gerichteten Programms sein soll, daß aber, bevor dessen Durchführung nicht irgendwie gewährleistet ist, eine so einseitige und schematische Belastung eines Volksteils nicht am Platze erscheint".

### Reichstags-Entscheidung nächste Woche.

Angesichts der erneuten Verzögerung in der Verabschiedung der Deckungsvorlagen werden diese Gesetze den Reichstag frühestens in der zweiten Hälfte der nächsten Woche beschäftigen können. Dementsprechend hat auch der Aeltestenrat in seiner Dienstag-Sitzung die Sitzungstage bis Mitte nächster Woche bereits mit den Haushaltsberatungen besetzt.

## Stürmische Reichstagssitzung.

**Zahlreiche Ordnungsrufe und Ausweisungen. — Sonnabend Amnestie-Gesetz. — Nächste Woche Osthilfe.**

— Berlin, den 17. Juni 1930.

Der Reichstag setzte heute die zweite Lesung des Haushalts des Reichsinnenministeriums fort. Vor Eröffnung der Plenarsitzung tagte der Aeltestenrat, um über die Geschäftslage zu beraten. Man stellte fest, daß der Abschluß des gegenwärtigen Sitzungsabschnitts in keiner Weise zu übersehen ist. Der Donnerstag bleibt wegen des Fronleichnamsfestes sitzungsfrei. Am Sonnabend soll das Amnestiegesetz beraten werden, am Dienstag und Mittwoch nächster Woche der Etat des Reichsernährungsministeriums und in Verbindung damit das Osthilfegesetz.

**Im Mittelpunkt der Plenarsitzung stand wiederum der Konflikt zwischen Reich und Thüringen. Das Interesse daran war um so größer, als auch der thüringische Innenminister Dr. Frick im Reichstage anwesend war. Gleich zu Beginn, als der Volksparteiler Dr. von Kardorff sprach, kam es zu stürmischen Zwischenfällen. Der Nationalsozialist Stöhr erhielt einen Ordnungsruf und wurde von der Sitzung ausgeschlossen.**

Abg. **v. Kardorff** (D. Vp.), während dessen Rede es zum Ausschluß des Abg. Stöhr kam, besprach zunächst die Lage des Schulwesens und warnte davor, ein stellenloses, akademisch gebildetes Proletariat heranzubilden. Wenn die Dinge so weitergehen, würden wir 1937 rund 324 000 stellungslose Akademiker haben. Im Konflikt mit Thüringen billigte Redner das Vorgehen des Reichsinnenministers. Er bedauerte, daß er in der thüringischen Regierung auch seine Parteifreunde in nationalsozialistischer Gesellschaft sehe. Nationalsozialisten gehörten nach ihrer ganzen politischen Einstellung nicht in leitende Beamtenposten.

**Eine Beschleunigung der Reichsreform, die mit der Selbständigkeit der Einzelstaaten Schluß mache, sei notwendig.** Zum Schluß ersuchte Redner um Aufhebung des Stahlhelmverbots im Westen. Die Uniformverbote seien zu begrüßen, die Durchführung des Waffenverbots müsse noch energischer erfolgen als bisher. Bei der Wahlreform halte die Deutsche Volkspartei an der Verhältniswahl fest. Das Notopfer lehne die Deutsche Volkspartei ab, sie sei aber bereit, an allen anderen Lösungen positiv mitzuarbeiten.

Abg. **Drewitz** (Wirtschp.) führte aus, bedauerlich sei, daß man jetzt von Notopfer und Reichshilfe spreche, statt das Kind beim rechten Namen zu nennen. Der Reichstag habe seit 1927 Ausgaben beschlossen, die nicht mehr aufrecht zu erhalten seien. Dazu gehöre auch die Beamtenbesoldungsreform. Die Ankurbelung der Wirtschaft dürfe nicht mit Lohnabbau beginnen, sondern mit einem Abbau der Gestehungskosten. Redner befürwortete, das Wahlalter auf 24 Jahre heraufzusetzen. Dann werde die Zahl der Mandate verringert, und zweitens könne sich Dr. Frick seine Wähler mit der Laterne suchen. Die Reichsreform werde ganz von selbst unter dem Druck der wirtschaftlichen Not kommen. Energische Ausgabensenkung, wozu auch eine Aenderung des Besoldungsgesetzes, Vorgehen gegen die hohen Pensionen und Gehälter und Herabsetzung der Aufwandsentschädigungen für die Abgeordneten gehören, sei notwendig.

Abg. D. **Mumm** (Dtsch. Arbeitsgem.) bedauerte die Zuspitzung des Konfliktes mit Thüringen. Zur Frage der Schulgebete erklärte er, daß einige nicht zu beanstanden seien, andere aber mit dem Geist der christlichen Religion vereinbar seien. **Die Religion werde dadurch in den** Dienst des politischen Tageskampfes hineingezogen. Das Reichsschulgesetz müsse kommen. Der bedenkliche Geburtenrückgang müsse zu einer stärkeren Begünstigung der kinderreichen Familien führen.

Abg. **Leicht** (Bayer. Vp.) bat den Minister, sich nicht zu einem überstürzten Tempo in der Frage der Reichsreform drängen zu lassen. In der Frage des Konflikts mit Thüringen stimmte der Redner den Ausführungen des Abg. v. Kardorff zu. In das Gebet dürfe man nicht die Verurteilung ganzer Volksgruppen einflechten. Als Redner erklärte, er habe die Nationalsozialisten gerade so gern wie die Juden entstand Heiterkeit.

Abg. Dr. **Külz** (Dem.) stimmte der Haltung des Ministers gegenüber Thüringen zu. Gebete mit politischer Tendenz seien vom religiösen Standpunkt das Widerlichste, was es geben könne. Für die Reichsreform hielten die Demokraten nach wie vor an der Forderung des dezentralisierten Einheitsstaates fest.

**Abg. Staatsminister Dr. Frick,**

der dann für die Nationalsozialisten sprach, erklärte, der Kampf gegen Thüringen habe groteske Formen angenommen. Die richtige Antwort auf die Sperrung der Polizeizuschüsse wäre, den thüringischen Finanzämtern die Ablieferung der Gelder an das Reich zu untersagen. Staatssekretär Zweigert habe sich überzeugt, daß in Thüringen alles in bester Ordnung sei. Die Behauptung, die Nationalsozialisten planten den gewaltsamen Umsturz, sei unsinnig. Das heutige System erledige sich von selbst. Das Vorgehen des Innenministers widerspreche der Verfassung. Der unpolitische Charakter der Polizei sei in Thüringen durchaus gewahrt. Es sei Unsinn, daß Nationalsozialisten nicht Polizeibeamte sein dürfen, wenn sogar der oberste Chef der Polizei Nationalsozialist ist. Als Redner erklärte, es bestehe kein Zweifel, daß die Sozialdemokratie Landesverrat getrieben habe, kam es zu stürmischen Protestkundgebungen. Abg. Frick erhielt einen Ordnungsruf. Redner schloß dann mit dem Satz: „Ich werde bestrebt sein, das grüne Herz Deutschlands zu einem Block des nationalen Widerstandes, des Wehr- und Freiheitswillens zu gestalten."

Während der Rede des Abgeordneten Frick wurden die Nationalsozialisten Goebbels und Dreher aus dem Saale gewiesen.

### Reichsinnenminister Dr. Wirth

stellte fest, daß der thüringische Minister Baum in der Frage der Schulgebete dem Minister Frick ernstliche Vorhalte gemacht habe. Dr. Frick habe in seinen Erläuterungen klar gesagt, daß der Vorwurf des Verrats sich gegen die Juden richten soll. Er, Wirth, weise diesen Vorwurf zurück. Niemand sei berechtigt, einen Volksteil in Deutschland von vornherein ob seiner Art zu diffamieren. Die von Dr. Frick empfohlenen Schulgebete seien in den Gutachten hervorragender evangelischer Theologen abgelehnt worden, auch von dem jüngst verstorbenen großen Theologen Harnack. Die Art, in der die Nationalsozialisten die Disziplin in unserer kleinen Wehrmacht zu untergraben versuchten, in der sie den Reichspräsidenten beschimpften, in der sie zum gewaltsamen Sturz der Verfassung auffordern, lasse es unmöglich erscheinen, einen leitenden Polizeiposten in die Hände eines Nationalsozialisten zu legen. **Die für die Gewährung der Polizeizuschüsse aus Reichsmitteln in den Richtlinien festgelegten Voraussetzungen seien nicht erfüllt, wenn ein Nationalsozialist auf solche Posten gestellt wird. Darum sei der Reichsinnenminister verpflichtet, die Polizeizuschüsse an Thüringen zu sperren.**

Abg. **Frölich** (Soz.) nannte die Rede des Abg. Dr. Frick eine einzige Provokation gegenüber der Sozialdemokratie. Was in Thüringen geschehe, sei der Anfang des Faschismus.

Abg. Frau **Neuhaus** (Ztr.) beklagte die sittlichen Zustände in den Großstädten.

Abg. **Crispien** (Soz.) führte Beschwerde über das Verbot der Uebertragung der Maifeier durch den Rundfunk.

Abg. **Petzold** (Wirtschp.) begründete einen Antrag seiner Fraktion, den Gesamthaushalt des Innenministeriums um 5 Prozent zu kürzen.

Zum Schluß der Sitzung nahmen noch Abg. **Schreck** (Soz.) und Reichsinnenminister Dr. **Wirth** das Wort. Minister Wirth betonte dabei, es treffe nicht zu, daß der preußische Ministerpräsident sich über ein Urteil des Staatsgerichtshofs habe hinwegsetzen wollen.

Die Weiterberatung wurde danach auf Mittwoch vertagt.

### Wirtschaftspartei stellt Forderungen.

**Ein Brief an den Kanzler. — Die Stellungnahme der Partei von der Senkung der Ausgaben um 5 Prozent abhängig.**

Der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, Abg. Dr. Drewitz, sandte ein Schreiben an den Reichskanzler, mit dem die Fraktion der Wirtschaftspartei ihre Stellungnahme zu den Deckungsvorlagen davon abhängig macht, daß die Gesamtausgaben um 5 Prozent gekürzt werden.

Eine Belastung der Angestellten sei bedenklich. Für notwendig halte die Wirtschaftspartei dagegen die

**Aenderung der Besoldungsordnung.**

Zur Frage der Arbeitsdienstpflicht wird erklärt, daß der Augenblick gekommen sei, dieses Problem mit aller Beschleunigung der Lösung entgegenzuführen. Neue, die Wirtschaft schädigende Steuern würde die Wirtschaftspartei mit aller Entschiedenheit ablehnen.

## Die Vorschläge Preußens.

**Erweiterung des Versicherungs-Personenkreises. Ausbau der Ledigensteuer. — Einführung einer Gemeindegetränkesteuer.**

Ueber die Haltung der preußischen Staatsregierung zu den Deckungsvorschlägen der Reichsregierung wird nunmehr eine amtliche Mitteilung veröffentlicht, darin heißt es:

**„Die Staatsregierung beschloß, der Sondersteuer für Festbesoldete nicht zuzustimmen, vielmehr bei den Beratungen im Reichsrat vorzuschlagen, die Beamten und diejenigen Angestellten, die ein gesichertes Einkommen von mehr als 8400 RM. beziehen, zu den Ausgaben der Reichsanstalt für Erwerbslosenfürsorge heranzuziehen. Sie würden alsdann denselben Betrag, das sind 2¼ v. H., zu zahlen haben, den nach der Erhöhung der Beiträge die Arbeitnehmer zahlen müssen.**

Die Vorschläge der preußischen Staatsregierung ergeben gegenüber den Vorschlägen der Reichsregierung

---

sie ausnutzen, schlecht bezahlen, und obendrein liefert man ihnen — ob man will oder nicht — Gesprächsstoff für ihren „Dorfklatsch". Es sind eben lauter Leute aus Polen, Rußland usw., von denen man nicht viel erwarten darf. Auf jeden Fall haben wir unsere Landsleute nicht im besten Andenken. Sie suchen immer Dumme und nutzen die Unerfahrenheit der Einwanderer rücksichtslos aus. Wenn ich wieder einmal auswandern müßte und hätte nicht gerade einen Verwandten oder guten Bekannten in dem betreffenden Lande, dann würde ich einen Nicht-Landsmann als Arbeitgeber bevorzugen. Zudem lernt man auf diese Weise die Landessprache am ehesten. Dem Franzosen haben wir unsere geringen englischen Kenntnisse zu verdanken. Bei Tische wurde allerdings nur französisch gesprochen. Auch hier ein bemerkenswerter und bezeichnender Unterschied zwischen Deutschen und Franzosen. Letztere haben in ihren Siedlungen neben ihrer „alleinseligmachenden" Kirche sogar französische Schulen; das ist zweifellos nur durch ihre strenge Kirche möglich geworden. Die Franzosen haben ihre Eigenarten viel besser gewahrt als die Deutschen, die ja dafür bekannt sind, daß sie ihre Sitten und Gebräuche bald aufgeben. Besonders ihre Kinder sprechen viel mehr englisch als deutsch; untereinander fast nur englisch. Deutschen Unterricht haben sie nur Sonnabends durch ihren Pastor. Die Evangelischen sind gegenüber den Katholiken in wenigstens 10 bis 15 Sekten, Gemeinschaften usw. gespalten; daher die auffallend vielen kleinen Kirchen in protestantischen Gegenden Kanadas.

Ende Oktober war das Dreschen beendet. Wir empfingen unsere 150 Dollars ein jeder und zogen zur Stadt Edmonton. Acht Tage dauerten unsere Einkäufe all des Krames, der für einen angehenden Farmer notwendig ist. 5 Pferde, Wagen, sämtliches Haus- und Küchengerät, Lebensmittel, Werkzeuge, usw., von allem nur das Notwendigste. Es war ja unser Plan, die 500 Kilometer lange Reise per Wagen durchzuführen. In 14 Tagen gedachten wir am Ziele — Herat Valley — zu sein. Aber der plötzlich eintretende Winter machte unsere Absichten zunichte. Wir verluden also unsere Habe in einen Waggon und uns mit. Unser Herd sorgte für die notwendige innere und äußere Erwärmung. Nach 3 Tagen wurden wir in Wanham nachts um 11 Uhr abgehängt: Wir waren am Ziel. Ausladen und Aufladen war eins; um 2 Uhr nachts waren wir startbereit. Hinaus in die dunkle Nacht in Richtung Heart Valley, 15 Meilen von Wanham. In 6 Stunden sind wir auf unserer Farm, auf eigener Scholle! Der Weg ist noch reichlich holperig; es geht über Baumstümpfe, durch Schlaglöcher usw. Vor 6 bis 7 Jahren war hier noch kein Mensch; die Indianer verließen dieses Gebiet allerdings bereits vor 15 bis 20 Jahren; der Birch Hills wegen blieb es zunächst noch unbesiedelt. Nach dem Kriege wurden von Regierungsseite kanadische Soldaten angesiedelt, die außer dem Land noch mit dem notwendigen Inventar abgefunden wurden. Innerhalb 25 Jahren muß letzteres von ihnen bezahlt werden. Hert Valley ist also ein Soldiers-Settlement. Ihr denkt gewiß, H. V. sei ein Dorf. Es ist aber nur der Name der Post-Office, zu der alle rings umher liegenden Farmen gehören. Samstag ist Posttag, an welchem jeder Farmer seine Post in Empfang nimmt. Auch ein Store (Laden) ist damit verbunden. Samstags nachmittags reitet jeweils einer von uns zur Post — 5 Kilometer —, um leider öfters mit leeren Händen zurückzukehren. Nach und nach werden sich um die Store vielleicht noch Handwerker ansiedeln, evtl. mag auch noch eine Kirche gebaut werden. Die Bahnstation Wanham hat außer Post, Store, Schmied, noch einen Tanzsaal und einen Elevator, d. h. einen Getreidespeicher, in den die Farmer ihr Getreide im Lauf des Winters bringen; das Geld, bezw. den Scheck erhalten sie sofort. Sogar eine Schwester sitzt dort und sogar eine Schule. Wo eben keine ist, da hat die glückliche Jugend den früher beneidenswerten Genuß ewiger Ferien. Ich glaube dort auch ein kirchenähnliches Gebäude gesehen zu haben. Neuerdings entsteht auch ein Restaurant an der Station. Zur Stadt Spirit River, die schon einige Hundert Einwohner zählt, sind es von uns aus etwa 50 Kilometer. Dort kann man kaufen, was man will. — Alle Wege sind schnurgerade in Nord-Süd- und Ost-Westrichtung verlaufend, weil das ganze Land in gleiche Stücke parallel den Längs- und Breitegraden geteilt ist. Die kleinste Einheit dieser Teilung stellen die Farmen dar, die alle die Größe von 160 acres haben (gleich 255 Morgen; 1 acre gleich 1,6 Morgen). Eine derartige Farm gibt der Staat für 10 Dollar Vermessungsgebühr an jeden Interessenten als Heimstätte ab; deren haben wir drei. Ihre Grenzen sind nur an den Ecken durch vier ausgehobene Löcher und einen in ihre Mitte geschlagenen Eisenstab angedeutet. Was also innerhalb dieser vier Ecken liegt, nennt sich „Farm". Will man rechtlicher Eigentümer werden, so hat man in der Hauptsache folgende Bedingungen zu erfüllen: 1. Zwei Stacheldrähte ringsum ziehen von einer Länge von je 3½ Kilometer — Kosten ohne Arbeit und Pfähle 80 Dollar; 2. ein Haus mit Stall aufbauen; 3. jährlich 6 Monate dort wohnen; 4. spätestens in 5 Jahren mindestens 50 Morgen in Kultur bringen; 5. die englische Sprache beherrschen und Bürgerrecht erwerben.

Von Zeit zu Zeit kontrolliert ein Inspektor. — Wie sieht es nun auf unserer Heimstätte aus? Die ganze Gegend ist hier eine nach Osten etwas abfallende Hochebene in 600 Meter Meereshöhe, im Norden und Süden von Forstreserven begrenzt, im Osten vom Smoky River. Durchzogen ist diese Ebene von zu zahlreichen, tiefeingeschnittenen Tälern, 80 bis 100 Meter tief, zirka 1000 Meter breit. Die meisten führen im Frühjahr zur Zeit der Schneeschmelze derartige Mengen Wassers, daß sie trotz ihres kurzen Laufes — 2 bis 4 Kilometer — Bäume und Erde mit sich fortreißen. So sind im Verlauf von Jahrtausenden derartige Riesentäler entstanden, die heute ein großes Verkehrshindernis bilden. Ein solches Tal schneidet von unserer Farm etwa 100 Morgen ab, die infolgedessen nur als Weide nutzbar sind; sonst wären diese Heimstätten auch nicht mehr frei gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

eine Mindereinnahme von 123 Millionen. Die Staatsregierung beschloß, der Reichsregierung einen Ausbau des Ledigennotopfers vorzuschlagen, durch den eine Mehreinnahme von 50 Millionen erzielt werden könnte. Der dann noch verbleibende Unterschied müßte durch Einsparungen oder schärfere Besteuerung des Tabaks gewonnen werden.

Die Verkürzung der Besoldungen nimmt den Ländern und Gemeinden die letzte Reserve für einen etwa notwendigen Ausgleich von Fehlbeträgen. Besonders bedenklich ist dies für die Gemeinden, die durch die steigenden Lasten der Wohlfahrtsfürsorge immer stärker bedroht werden. **Die preußische Staatsregierung beschloß daher weiter, der Reichsregierung die Einführung einer allgemeinen Gemeindegetränkesteuer in der Form einer Schankverzehrsteuer vorzuschlagen.“**

## Rückgabe der Kolonien!

**Entschließung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft. — Auch die Industrie für aktive Kolonialpolitik.**

— Aachen, 17. Juni.

Die Rheinische Kolonialtagung fand mit der Hauptversammlung der Deutschen Kolonial-Gesellschaft in Aachen ihren Abschluß.

Der Präsident der Gesellschaft, Gouverneur Dr. Seitz, gab einen Ueberblick über die kolonialpolitische Lage, in dem er mit Nachdruck auf die Gefahren der von der Reichsregierung auf kolonialpolitischem Gebiete verfolgten Politik des Abwartens hinwies. Diese Politik erschwere außerordentlich die Erreichung unserer kolonialen Ansprüche, da die Zeit gegen uns arbeite, indem sie es den Inhabern der Mandate ermögliche, die deutschen Kolonien wirtschaftlich und kulturell so eng mit ihren kolonialen Nachbargebieten und dem Mutterlande zu verschmelzen, daß eine spätere Loslösung großen Schwierigkeiten begegne. Auch sei in weiten Kreisen des deutschen Volkes mit der Zeit der Glaube an die Wiedergewinnung eigener Kolonialgebiete verloren gegangen.

**Die Erwerbung der Kolonialgebiete dürfe nicht lediglich unter dem Gesichtspunkt der Behebung der gegenwärtigen Wirtschaftsnot betrachtet werden. Kolonialpolitik sei keine Konjunkturpolitik, sondern Politik auf sehr lange Sicht. Letzten Endes beruhe die augenblickliche Wirtschaftsnot auf Veränderungen in der wirtschaftlichen und politischen Struktur der ganzen Welt.**

### Die Kolonien als Absatzgebiete.

Ueber die Bedeutung der Kolonien für die Industrie — der Reichsverband der deutschen Industrie hatte auch ein Begrüßungstelegramm gesandt — sprach Dr. Dix. Redner betonte, für den Absatz der heimischen Industrie gewinne das Kolonialland dauernd an Bedeutung. **Wären wir heute noch im Besitz unserer Kolonien, dann hätte die deutsche Wirtschaft jetzt jährlich für 500 Millionen M. Waren dort absetzen können. Durch das System der Mandatsverwaltung sei die deutsche Industrie dagegen als Lieferant in den Hintergrund gedrängt worden.**

Dr. Rombach, Aachens Oberbürgermeister, schilderte die unsäglichen Leiden, die die Stadt unter der Fremdherrschaft zu erdulden hatte. Aachen, so erklärte er, wisse, was Fremdherrschaft heiße, und es wünsche darum, daß bald nach der Befreiung des Rheinlandes auch die Befreiungsstunde für die deutschen Kolonien schlage.

**An den Reichsaußenminister Dr. Curtius wurde eine Entschließung gerichtet, in der die Reichsregierung dringlich aufgefordert wird, „mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß nunmehr die Frage der kolonialen Schuldlüge amtlich aufgerollt und die bedingungslose Rückgabe unserer Kolonien gefordert werde“.**

## Vorschläge des Städtebundes.

**Aussprache über Finanzausgleich und Selbstverwaltung. — Kundgebung für Rheinland und Saargebiet.**

— Leipzig, 18. Juni.

Auf der Leipziger Tagung des Reichsstädtebundes gab Oberbürgermeister Dr. Belian, der Vorsitzende des Bundes, der Hoffnung Ausdruck, daß Regierungen und Parlamente durch Berücksichtigung der Vorschläge des Reichsstädtebundes jede Minderung der bisherigen Rechtsstellung der Städte ablehnen werden. Oberbürgermeister Dr. Belian gedachte dann der bevorstehenden Befreiung des Rheinlandes und erklärte dazu:

**Es ist uns ein Herzensbedürfnis, unseren Schwesterstädten aus dem bisher besetzten Gebiete die herzlichsten und aufrichtigsten Glückwünsche zu ihrer Befreiung zu übermitteln. Wir sind stolz auf die geradezu vorbildliche vaterländische Haltung, die unsere Schwesterstädte in schwerster Zeit bewiesen haben. Wir danken ihnen namens der 1550 Mitgliederstädte des Reichsstädtebundes dafür aufs herzlichste und rufen ihnen für einen baldigen Wiederaufstieg ein „Glückauf“ zu.**

**Wenn wir der Befreiung des besetzten Gebietes gedenken, können wir nicht ohne Trauer an der Tatsache vorübergehen, daß das Saargebiet noch immer besetzt ist. Auch ihm wünschen wir eine baldige Rückkehr ins Vaterhaus. Wir vertrauen mit dem heimgegangenen Dr. Stresemann darauf: „Das Saargebiet war deutsch, ist deutsch und wird deutsch bleiben.“ Wir grüßen den Rhein, wir grüßen die Saar! Unserem ganzen deutschen Volke aber wünschen wir die Ueberwindung der schweren Finanzkrise und im Zusammenhang damit einen wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg.**

Der geschäftsführende Präsident Dr. Haekel behandelte die Reform des Selbstverwaltungsgesetzes und betonte dabei, die Rechtsungleichheit mache eine Angleichung des kommunalen Verfassungsrechtes in allen deutschen Ländern und eine Vereinheitlichung in Preußen erforderlich. Die einheitliche Einführung des Einkörpersystemes sei empfehlenswert. Die Staatsaufsicht dürfe sich lediglich auf die Ueberwachung der Gesetzmäßigkeit beschränken. Mit besondrem Nachdruck lehnte der Redner für Preußen den Gedanken einer Uebertragung der Staatsaufsicht über die Städte unter 10 000 Einwohner auf den Landrat ab. Die gesetzliche Festlegung des Grundsatzes: Keine Ausgabe ohne Deckung, sei zu begrüßen. Bei der Eingemeindung sei die Einschaltung eines unabhängigen Staatsausschusses erforderlich. Die für Preußen vorgesehene Bestimmung, daß Städte gegen ihren Willen durch Beschluß des Staatsministeriums zu Landgemeinden erklärt werden können, sei unerträglich.

**Die staatspolitische Aufgabe der Selbstverwaltung, die Erziehung des Einwohners zum Stadt- und Staatsbürger sei noch keineswegs vollendet.**

Ministerialdirektor Dr. von Leyden äußerte sich über die Frage des Finanzausgleichs und erklärte, der zukünftige Finanzausgleich müsse unter der Voraussetzung, daß das Problem der Wohlfahrtserwerbslosen und damit der Ausgleichsmöglichkeit der Etats vorweg gelöst wäre, eine gerechte Verteilung der Einkommen- und Körperschaftssteuer finden.

Der Rat der Stadt Leipzig veranstaltete zu Ehren der Tagungsteilnehmer einen Empfang.

### Entschließung des Städtebundes.

**Das Reich soll die Wohlfahrtsausgaben für die Erwerbslosen tragen.**

Der Hauptausschuß des Reichsstädtebundes beendete seine Leipziger Tagung mit einer Entschließung, in der er die Entlastungsmaßnahmen im preußischen Finanzausgleich und die Bereitstellung von Reichsmitteln zur Behebung der Arbeitslosigkeit begrüßt. Unter Hinweis auf die steigende Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtserwerbslosen fährt die Entschließung dann fort:

**„Hierdurch wird jede planmäßige Haushaltsführung unmöglich gemacht. Als Folge der allgemeinen Wirtschaftsdepression sind diese Lasten überörtlicher Natur und ihre unverzügliche Uebernahme auf das Reich ist unerläßlich, wenn der finanzielle Zusammenbruch der meisten Gemeinden vermieden werden soll.“**

Zum Schluß erklärt sich der Reichsstädtebund in Erkenntnis der großen gemeinsamen Not noch zur tatkräftigen Mitarbeit an der Ausgabensenkung bereit.

### Deutschland wird wieder gesunden

**sagt Parker Gilbert.**

Einem Journalisten, der ihn nach seiner Rückkehr aus Deutschland über seine Eindrücke in Deutschland befragte, erklärte Parker Gilbert, Deutschland habe sich gewiß in erstaunlich kurzer Zeit wieder erholt und seine Industrie in hervorragender Weise rationalisiert. Was jetzt geschehen müsse, sei eine Nationalisierung der Reichsfinanzen. Er nehme an, daß Deutschland, nachdem es jetzt aus eigner Entscheidung handeln müsse, mehr Anreiz als bisher zur Durchführung der Reform finden werde. „Ich bin sicher“, so schloß Parker Gilbert die Unterredung, „daß die Deutschen dazu fähig sein werden“.

## Spionage in der Reichswehr.

**Verhaftung eines Obermusikmeisters und seiner Frau. — „Hat alles geklappt?“**

**Das Reichswehrministerium und der Oberreichsanwalt sind gegenwärtig mit der Aufklärung einer Spionageaffäre beschäftigt, die geeignet ist, größtes Aufsehen zu erregen. Es handelt sich um einen Obermusikmeister vom 6. Artillerie-Regiment, Paul Adam, der in Minden mit seiner Frau verhaftet wurde, als er diese mit den Worten: „Hat alles geklappt?“ auf dem Bahnsteig erwartete.**

Die Frau des Obermusikmeisters, die aus Lothringen stammt, soll im Einvernehmen mit ihrem Manne ihre verwandschaftlichen Beziehungen zum Landesverrat zugunsten Frankreichs oder Belgiens ausgenutzt haben. Es heißt, daß die Spionageabwehrstelle schon vor längerer Zeit auf den Obermusikmeister aufmerksam gemacht worden ist. Wie meist in solchen Fällen begann der Verdacht damit, daß die Familie, die vier kleine Kinder hat, über ihre Verhältnisse zu leben schien. Außerdem fielen die häufigen Reisen der Frau in das besetzte Gebiet und zu ihren französischen Verwandten auf.

Vom Reichswehrministerium wird der Sachverhalt, soweit er bekannt ist, bestätigt. Darüber hinaus werden Mitteilungen abgelehnt. Von privater Seite verlautet noch, es hätten sich starke Verdachtsmomente dafür ergeben, daß der Obermusikmeister seiner Frau militärische, insbesondere artilleristische Tatsachen zwecks finanzieller Ausnutzung mitgeteilt hat

## Letzte Meldungen.

**Preußische Schulgelderhöhung vom Hauptausschuß genehmigt.**

— **Berlin,** 18. Juni. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags genehmigte den Gesetzentwurf über die Erhöhung des Schulgeldes. Abgeändert wurde die Vorlage insofern, als von dem Mehraufkommen ein Drittel zur Begabtenförderung verwendet werden soll. Außer den höheren Schulen sollen auch die mittleren Schulen von dem Gesetzentwurf erfaßt werden

**Sozialdemokratische Entschließung zum Notopfer.**

— **Berlin,** 18. Juni. Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei will ihre Beratungen über die Deckungsvorlagen im Laufe des heutigen Mittwochs beenden und eine Entschließung zum Notopfer öffentlichen.

**Kabinett erledigte laufende Angelegenheiten.**

— **Berlin,** 18. Juni. Ueber die letzte Kabinettssitzung wurde folgende amtliche Mitteilung veröffentlicht: Bei Beginn der heutigen Kabinettssitzung begrüßte der Reichskanzler Dr. Brüning den Vizekanzler und Reichswirtschaftsminister Dietrich, der nach Wiederherstellung von seiner Erkrankung wieder an den Arbeiten des Kabinetts teilnahm. Die Sitzung selber diente der Erledigung laufender Angelegenheiten.

**Hochschutz-Zollgesetz durch Hoover unterzeichnet.**

— **New York,** 18. Juni. Der Präsident der Vereinigten Staaten, Präsident Hoover, hat den von dem Senat und dem Repräsentantenhaus angenommenen Zolltarif unterzeichnet und die Verträge mit sofortiger Wirkung in Kraft gesetzt.

**Amerika bestellt 322 Bombenflugzeuge.**

— **Washington,** 18. Juni. Das amerikanische Kriegsministerium hat soeben 322 neue Bombenflugzeuge bestellt.

## Briefkasten.

— **O. E. in N.** Wenden sie sich, bitte, wegen der Lehmbauweise an Herrn Pastor G. v. Bodelschwingh in Dünne, Kreis Herford. Firmen, die Beton- und Holzhäuser herstellen, können wir ihnen leider hier nicht nennen.

Freundlichen Gruß.


Nach schwerem Krankenlager ging gestern abend 11¾ Uhr unsere liebe Mutter und Großmutter

**Frau Margarethe Haendler**
geb. Ulbricht

in Frieden heim.

Um stille Teilnahme bitten
**Familien Haendler.**

Bethel, Brackwede, Erwitte, den 17. Juni 1930.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 19. Juni, nachmittags 2½ Uhr von der Zionskirche aus statt.

Sonnenschutzbrillen
**H. Breder**
Bielefeld, Gütersloherstraße 14
Fernsprecher 1012




Schneeweiß wie diese Blütenkelche
wird Deine Wäsche durch das vorzügliche selbsttätige Waschmittel
**Ozonil**

Für durchaus zuverlässigen Jungen, 18 Jahre alt, wird
**Stellung**
in Landwirtschaft oder Gärtnerei gesucht. **Helm,** Pfr. **Daaden.**

**Junger Mann**
25 Jahre, sucht Beschäftigung gleich welcher Art durch Vertretung, Standübernahmen usw. Ausf Angebote unter **A 6735.**

Älteres, kinderliebes Fräulein od. Frau in angenehme Dauerstellung als selbständige
**Stütze**
für sofort gesucht. — Angebote mit näh. Angaben, Gehaltsansprüchen u. Bild erbeten an Frau **E. Gütgemann, Cleve,** Graf Johannstr. 18.

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bodinus, Bielefeld ist die Echtheit meines
Bienen-Blüten-garant. **Honigs**
10 Pfd. Dos. 11.20 RM, vorwiegd. **Klee-Lindenblüte** 12.90 RM, halbe Dos. 6.35 RM u. 7.40 RM, 1½ Pfd. Dos. 2.05 RM u. 2.30 RM frei Haus. Nachnahme 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.
**Lehrer i. R. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.**
**Dieser Honig** ist auch in **Ophir,** vereinigte Verkaufsstellen der **Anstalt Bethel, zu haben.**

EISU Stahl- u. Holz- **Betten** Schlafzim., Stahlmatr., Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden, Teils. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

**Kur-Anstalt Erholungsheim**
vegetarisch und Rohkost **Ebert**
Benneckenstein-Hochharz
unweit Brauniage
Pastor Felkekuren. Prosp. frei!

**Bad Nauheim**
Freundliche Parterrezimmer in ruhiger, freier Lage, unweit der Bäder und Salinen mit Frühstück 3 Mk. Volle Pension nach Vereinbarung. Etwas Küchenbenutzg. gerne gestattet
**Frl. H. Spiekermann**
Karlstraße 51 p.

**Liebhaber-Photographen**
decken ihren Bedarf in der
**Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955**



Schriftleitung: W. Krug, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel, Anzeigen: K. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel